

## Kommunismus und Klassenkampf

(Thesen zu einem nicht gehaltenen Referat vor Gewerkschaftslinken)

1. Klare Ziele und Forderungen zur Veränderung der Gesellschaft setzen voraus, dass man eine klare Kritik der bestehenden Gesellschaft hat und die Bedingungen kennt, die in dieser Gesellschaft gereift sind und somit die Grundlage, den Ausgangspunkt, bilden für eine mögliche Veränderung.
2. Ohne klare und fundierte Kapitalismuskritik keine klaren Ziele und Forderungen! **Zu dieser Klarheit der Kapitalismuskritik gehört auch und nicht zuletzt die Unterscheidung zwischen den fragwürdigen bis empörenden Zuständen und ihren Ursachen. Nur wer das auf der Reihe hat, vermag auch zu unterscheiden zwischen dem, was im Kapitalismus an sozialer Emanzipation überhaupt realistischer Weise möglich ist und was nicht.**

Wer so tut, als könnten unter den Bedingungen allgemeiner Konkurrenz zwischen kapitalistischen WarenproduzentInnen und zwischen Verkäufern von Ware Arbeitskraft folgende Ziele verwirklicht werden:

- eine „solidarische Gesellschaft“  
(Worin sollte die mögliche Solidarität in der heutigen Gesellschaft bestehen? Gemeinsam mit dem Kapital für den „Exportweltmeister Deutschland“, den „Wirtschaftsstandort Deutschland“?)
- „gute Arbeit“  
(Was sollte gut werden, an dem nicht in Frage gestellten Kommando über anderer Leute Arbeitskraft? Und wie sollte Arbeit jemals „gut“ werden, die durch den ökonomischen Sachzwang der Verwertung bestimmt wird?)
- „gerechte Verteilung“  
(Wie sollte Verteilung jemals „gerecht“ werden, solange die Produktion nur dann was zum Verteilen produziert, wenn sie in erster Instanz die Geldanlage privater und „institutioneller“ Anleger vermehrt? Die Verteilung zwischen Lohnarbeit und Kapital ist immer „gerecht“, weil die „Gerechtigkeit“ der bürgerlichen Gesellschaft wesentlich das durch Gesetz besiegelte Recht ist, Eigentum - inkl. dem an Produktionsmitteln - zu bilden und zu vermehren, durch den Tausch von Waren zwischen rechtlich gleichgestellten Warenbesitzern, so ungleich die auch tatsächlich sein mögen (Ware Arbeitskraft).
- „sichere Arbeitsplätze“  
(werden in Aussicht gestellt etwa durch Wahl eines Betriebsrates oder durch Arbeitszeitverkürzung. Ist ersteres nichts als eine Beleidigung, für jeden „Mitbürger“ mit halbwegs „gesundem Menschenverstand“, so ist letzteres in Frage gestellt wiederum durch die grundlegenden Produktionsverhältnisse selbst. Die Nachfrage nach Ware Arbeitskraft wird nicht in erster Linie durch die Länge individueller Arbeitstage bestimmt, sondern durch die Rate indem sich angelegtes Geldkapital vermehrt! Weil diese Anlage von Geld als Kapital niemals sicher ist, weil vom Erfolg auf dem Markt abhängig, kann es unter den heutigen Produktionsverhältnissen auch keine sicheren Arbeitsplätze geben!)

der hat entweder einfach nicht verstanden, wie Mangel an Solidarität, schlechte Arbeit, existentielle Unsicherheit und Armut mit den grundlegenden Produktionsverhältnissen, dem System der Lohnarbeit zusammenhängen oder er will die notwendige Erkenntnis dieses Zusammenhangs verhindern und führt Schlechtes im Schilde.

Wer eine Gesellschaft will, die in sozialer Hinsicht durch Solidarität, gute Arbeit sowie existentielle Sicherheit mit allgemein auskömmlicher und guter Versorgung geprägt wird,

der wird nicht umhin können, das

- Privateigentum an Produktionsmitteln durch Gemeineigentum,
- das Kommando über Fremde Arbeitskraft durch Selbstbestimmung in Selbstverwaltung
- und die Produktion für den Markt durch demokratische Planung vernetzter, genossenschaftlicher Betriebe zu ersetzen.

Diejenigen aber, die heute die Parolen von „solidarischer Gesellschaft“, „guter Arbeit“ etc. ausgeben, lehnen die angegebenen Bedingungen oder Voraussetzungen für die Verwirklichung ihrer frommen Wünsche kategorisch ab und lassen nichts unversucht, um die Einsicht in solche Bedingungen sozialer Freiheit zu be- und verhindern.

3. Seit es den Kapitalismus gibt, existieren gute, intellektuell nachvollziehbare Gründe, ihn abzuschaffen. Offenbar reicht - wie die Geschichte lehrt - ein mehr oder weniger gut gelungener Vortrag dieser Gründe nicht aus, damit ein kommunistischer Standpunkt sich verallgemeinert unter der Masse der Menschen, deren Reproduktion (Arbeit und Leben jenseits der Arbeit) von Lohnabhängigkeit bestimmt ist. Die Entwicklung und Aneignung eines solchen Standpunktes ist Teil der Entwicklung der Widersprüche in der bürgerlichen Gesellschaft und der sozialen Bewegung, die sie produziert. Die Entwicklung der auf soziale Emanzipation orientierten Bewegung von LohnarbeiterInnen schließt jedoch Fehler und Niederlagen nicht aus. Diese Fehler und Niederlagen können den Kommunismus bis zur gesellschaftlichen Bedeutungslosigkeit herunterwirtschaften, aber sie können nicht verhindern, dass immer wieder ein neuer Anlauf genommen wird, solange der Kapitalismus besteht. Sie können einen Neubeginn erschweren, aber sie machen ihn nicht unmöglich.
4. Die Bedingungen für einen erfolgreichen Vortrag und eine produktive Diskussion dieser Gründe zur Überwindung des Kapitalismus sind nicht immer gleich. Immer, wenn wider alle unternehmerischen und politischen Absichten das notwendige ökonomische Wachstum des Kapitals an seine selbst produzierten Grenzen stößt verschärfen sich sprunghaft die sozialen Gegensätze in Folge der ökonomischen Krise. Damit wächst die Bereitschaft und das Interesse, die Systemfrage zu diskutieren. Je allgemeiner und je tiefer die ökonomische Krise und je schmerzhafter die asozialen Maßnahmen zur Wiederherstellung von Bedingungen für ökonomisches Wachstum, desto drängender werden die Fragen, die objektiv gestellt sind und die eine wachsende Zahl von Leuten sich auch subjektiv stellen.
5. Wenn die Gelegenheiten für grundsätzliche Kapitalkritik sich mehren, die Argumente einem quasi zugetragen werden, dann heißt das nicht, dass diese grundsätzliche Kritik automatisch auf mehr Zustimmung stößt. Sie muss sich nicht nur behaupten, gegen diejenigen, deren Versprechen auf Wiederherstellung eines unter die Räder geratenen Status quo der „sozialen Partnerschaft“ zwischen Lohnarbeit und Kapital hinauslaufen, sondern auch gegen die gefährlichen Propheten einer „konservativen Revolution“ mit nationalistischen und rassistischen Erlösungsversprechen. (Das lehren besonders die Erfahrungen in den USA, Ungarn etc.) Es wird nicht einfacher, sondern schroffer und unversöhnlicher. Der Erfolg radikaler Kapitalkritik hängt entscheidend davon ab, wie folgerichtig sie entwickelt wird, und wie überzeugend es ihr also gelingt, aus ihrer Kritik Ziele abzuleiten, zu formulieren und zu begründen. Kritik allein reicht nicht aus, zur Begründung einer Bewegung, die soziale Emanzipation will! „Richtiges Bewusstsein“ kann sich nicht in Kritik erschöpfen! Nicht einmal elementare Aktionen des Widerstands sind möglich, ohne dass sich die dazu entschlossenen Lohnabhängigen über Ziele verständigen!

6. In Deutschland meinen heute nicht wenige Linksradikale vor dem Hintergrund der nicht ausgestandenen Weltwirtschaftskrise folgendes:  
*„Es geht um eine soziale Revolution! Reformen jedenfalls haben ausgedient.“ und darunter der Spruch „Kapitalismus am Ende“! (Wildcat 88, Winter 2010)*  
 Was wird da festgestellt? Wieder eine „finale Krise“? Selbst wenn in der keineswegs ausgestandenen Weltwirtschaftskrise die Kräfte des Marktes versagen sollten, wie nach 1929, dann ist der Kapitalismus noch lange nicht am Ende. Das sollten wir aus der Geschichte gelernt haben. Der nachhaltige ökonomische Zusammenbruch der Wirkungsweise von Angebot und Nachfrage, schließt die barbarische Lösung des Konflikts im Sinne einer Wiederbelebung des Kapitalismus nicht aus.  
 Gleichzeitig feiert die exemplarisch zitierte Wildcat natürlich die große soziale Bewegung in Frankreich, die sich bloß – wie erbärmlich - eine Verteidigung der Rente mit 60 zum Ziel gesetzt hatte. Dass diese Bewegung mit sehr viel radikaler Kritik verbunden ist, in dieser Bewegung Fragen diskutiert werden, die weit über die Frage der Länge der Lebensarbeitszeit und der Höhe der Rente hinausgehen, steht außer Frage. Trotzdem war das Ziel „Rente mit 60“ von zentraler Bedeutung für die breite der Bewegung. Unter sozialrevolutionären Zielsetzungen, wie ich sie oben kurz skizziert habe, wäre die Breite der Bewegung in Frankreich völlig ausgeschlossen. Es geht eben heute, aktuell nicht um „eine soziale Revolution“, weil ein Subjekt, das sie durchführen kann und will, fehlt. Es geht, um es mit Marx und Engels auszudrücken, erneut um die „Bildung des Proletariats zur Klasse“ und dieser Prozess ist unmöglich ohne Reformziele und Kämpfe um Reformen. Wichtig ist es, Reformziele zu formulieren und zu begründen, auf die die ganze Klasse der LohnarbeiterInnen sich verständigen kann, die das Interesse der ganzen Klasse ausdrücken. Wichtig ist ferner, dass diese Reformziele verstanden werden, als Schutz vor den schlimmsten Auswirkungen des Kapitalismus und nicht als Beitrag zu einer angeblich möglichen „solidarischen“ kapitalistischen Gesellschaft. Diese Forderungen sind zu begründen aus radikaler Kapitalismuskritik und nicht aus volkswirtschaftlichen Überlegungen zur Steigerung der Massenkaufkraft und zur Abwendung von Krisen. Sie verlangen also die Aufkündigung der „Sozialpartnerschaft“, die Verweigerung der Solidarität mit dem Kapital.
7. „Bildung des Proletariats zur Klasse“? Was soll dieser Satz aus dem Kommunistischen Manifest uns heute noch als Orientierung mit auf den Weg geben?  
 Gemeint haben Marx und Engels offensichtlich die Organisation der LohnarbeiterInnen zu einem handlungsfähigen politischen Subjekt auf der Basis der Erkenntnis der sie verbindenden gleichen Lebensbedingungen und sich daraus ergebender gemeinsamer Interessen. Der „Gegenstandspunkt“ hat zweifellos recht, wenn er feststellt:  
*„Die Arbeiterklasse existiert politisch nicht mehr.“ (Das Proletariat, S. 251)*  
 Die Gründe dafür liegen aber nicht nur in einem „falschen Bewusstsein“, theoretisch-politischen Fehlern und Niederlagen, auch nicht nur in der für die bürgerlichen Gesellschaft erfolgreichen Art, wie der „Arbeiterbewegung“ Zugeständnisse gemacht wurden, sondern auch im Aufbrechen alter Strukturen der „Arbeiterklasse“ durch das Kapital. Wenn heute – in Deutschland - die größte Zahl von LohnarbeiterInnen im Gesundheitswesen beschäftigt ist und noch rund 20% aller „Erwerbstätigen“ in der fertigen Industrie, dann deutet das auf eine sehr wesentliche Neuzusammensetzung der „Arbeiterklasse“ hin. Genau genommen ist es nicht mehr das, was unter „Arbeiterklasse“ verstanden wurde. **Der Bezugspunkt von Klassenbewusstsein in hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften kann heute nur noch die Lohnabhängigkeit sein** und nicht mehr die meist als „handwerkeln“ gedachte Arbeit, die sich unmittelbar in Gebrauchswerten/Waren vergegenständlichte. Mit der Auflösung der alten „Arbeiterklasse“ in veränderter gesellschaftlicher Arbeitsteilung

haben sich auch ihre dadurch bestimmten Lebenszusammenhänge geändert. Zum Beispiel: Im Ruhrgebiet gab es früher, rund um die Produktionsstätten, Zechensiedlungen und Siedlungen der StahlarbeiterInnen. Hier wurde durch die Lohnarbeit auch ein Lebenszusammenhang in der Siedlung geschaffen, entstand eine Arbeiterkultur, die geprägt war durch unmittelbare Kommunikation über die gemeinsame Lebenserfahrung in einer gleich erfahrbaren Umwelt. Davon ist nichts übrig geblieben ... und auch nicht von der Agitation, die daran anknüpfend erfolgreich „Klassenbewusstsein“ entwickelte. (Da es sich hier nur um Thesen handelt, kann dieser Gesichtspunkt für die Ausrichtung einer möglichen kommunistischen Politik nicht weiter entwickelt werden.) Für mich steht fest, dass der erneute Versuch der „Bildung des Proletariats zu Klasse“ auf der Tagesordnung steht. Dazu können KommunistInnen einen entscheidenden Beitrag leisten, so sie denn die Erfüllung dieser Aufgabe als notwendige Bedingung einer sozialen Revolution begreifen. Das geht natürlich nicht, wenn man, wie der „Gegenstandspunkt“ zu folgendem Ergebnis gelangt:

*„Deswegen noch einmal höflich, im Einzelnen und nacheinander, **warum Kommunisten das Proletariat sowenig leiden können**, dass sie nicht zuletzt deshalb den ganzen Kapitalismus abschaffen wollen.“* (Das Proletariat, S. 254)

und on the top, kommunistische Revolution sei notwendig:

*„...schon allein, damit die Damen und Herren Arbeitnehmer endlich aufhören, sich als Arschlöcher von Staat und Kapital aufzuführen.“* (Das Proletariat, S. 253)

Dafür also sei kommunistische Revolution nötig! Da steht im ungünstigsten Falle erneut eine „kommunistische“ Erziehungsdiktatur an. Mit Kommunismus als Selbstbefreiung der LohnarbeiterInnen hat sowas nichts zu tun! Man gönne den Autoren, dass sie Recht haben – worum es ihnen scheint vor allem geht – aber dann wird es niemals Kommunismus geben! Wer es heute ernst meint mit Kommunismus als ein Projekt der Selbstbefreiung der LohnarbeiterInnen, der kommt nicht umhin, seine Kräfte auf die „Bildung des Proletariats“ zur Klasse zu konzentrieren ... und das schließt den Kampf um Reformen, um Durchsetzung von Elementarinteressen der LohnarbeiterInnen in diesem System nicht nur nicht aus, sondern verlangt ihn ... damit eine solche Klasse wieder politisch existiert und handlungsfähig wird.

8. Die Eckpunkte sozialer Reformziele und -Forderungen sind „uns“ im Großen und Ganzen vorgegeben durch das, was den LohnarbeiterInnen durch Kapital und Staat im Laufe der Geschichte zugestanden wurde:

um sozialrevolutionäre Bestrebungen zu unterlaufen und die Systemkonkurrenz mit dem Realsozialismus erfolgreich durchzustehen und:

was ihnen heute Stück für Stück genommen wird, weil es keine nennenswerten sozialrevolutionären Kräfte mehr gibt, vor denen das Kapital sich in Acht nehmen müsste, und weil es keine Systemkonkurrenz mehr gibt.

Dafür gibt es um so mehr ökonomische Gründe, die die Zerstörung des sogenannten „Sozialstaates“ notwendig, ja unabdingbar machen. Im Zentrum der Agenda des Angriffs und der Zerstörung durch Kapital und Staat stehen

- Rentenversicherung
- Krankenversicherung
- Arbeitslosenversicherung

Die dadurch aufgeworfenen Fragen sind Fragen, die jeweils die Lebensbedingungen der ganzen Klasse der LohnarbeiterInnen betreffen, von allgemeinem Interesse sind, egal ob es sich um Jugendliche in Ausbildung, Arbeitslose oder von Kapital oder Staat beschäftigte LohnarbeiterInnen handelt. In allen diesen Fragen eine selbständige Position gegenüber Kapital und Staat zu erarbeiten, in denen sich das Interesse der LohnarbeiterInnen an Schutz

vor den Auswirkungen kapitalistischer Produktion und Verwertung ausdrückt, ist ein entscheidender Schritt zur Entwicklung eines neuen Klassenbewusstseins. Ohne solche selbständigen Positionen und Ziele wird die Entwicklung von Klassenkämpfen, die diesen Namen verdienen, mindestens erschwert, im schlechtesten Falle unmöglich gemacht. Unterbleiben solche Klassenkämpfe, dann stellt sich aber die Frage der sozialen Revolution praktisch nie. Es würde dann immer eine Frage theoretischer werkelnder Zirkel bleiben.

9. In Deutschland schließt das Bewusstsein der Mehrheit der Lohnabhängigen, wie der Zustand der reformistischen und radikalen Linken solche Ansätze zu großen Klassenkämpfen, wie sie jetzt in Frankreich stattfanden, kategorisch aus. Soweit es die gesamte Linke anbetrifft wäre sie weder willens noch in der Lage, sich in den Dienst einer solchen „Ein-Punkt-Bewegung“ zu stellen, dafür eine wirksame Agitation zu entfalten, um den Staat zu einem Zugeständnis in Gestalt eines verbindlichen Gesetz zu zwingen. (In Deutschland hätte man damit allerdings fast den gesamten DGB auf dem Hals, weil der aus bekannten systemerhaltenden Gründen gegen politische Streiks ist, in der sich alle LohnarbeiterInnen sammeln könnten, um bestimmte Interessen gegen Kapital und Staat durchzusetzen.) Für eine breite Bewegung, in der möglichst große Teile der Klasse hineingezogen werden, ist solche Beschränkung in den Zielen unabdingbar. Statt ständig unter ebenso umfassenden, wie oft beliebigen und wirren Forderungskatalogen immer wieder kleine Umzüge zu organisieren, sollte man sich lieber darauf konzentrieren, zur aktuellen Situation eine zentrale Forderung zu formulieren, die dann aber durch vernünftige Untersuchungsarbeit und darauf basierender Kritik am Kapitalismus gut begründet wird. (vergl. Rainer Roths Broschüre „Rente mit 60“, wieder ein gelungener, aber auch ziemlich einsamer Versuch an der „richtigen Front“ zu arbeiten.)

Wenn man aber den Kampf für solche „reformistischen“ Ziele für überholt erklärt, wird man kaum etwas zur Entwicklung von Klassenbewusstsein in der Klasse beitragen können, allenfalls zu einem eigenen besonderen Klassenbewusstsein, das sich letztlich darin erschöpft, die Existenzberechtigung der eigenen kleinen Sekte nachzuweisen.

10. Den aus meiner Sicht grandiosesten Forderungskatalog – den sollte man gelesen haben, um zu wissen, wie es mit Sicherheit nicht geht - hat die „Liga für die Fünfte Internationale“ zusammengestellt und diesen Katalog auch gleich ein „Aktionsprogramm“ genannt. Ein wirkliches „Arbeiterprogramm“, das keinen Wunsch offen lässt. Da gibt es buchstäblich für alles eine Forderung, ob die sich nun an Kapital oder Regierung wendet oder an die Massen selbst (wobei die Massen teils als Objekt der Agitation angesprochen werden oder mit einem brüderlichen „wir müssen“ gleich in den Rang von Mitgliedern der zu gründenden 5. Internationale katapultiert werden). Zentral ist aber der Kampf um Arbeitsplätze, ob als Kampf um Lohnarbeitsplätze im Kapitalismus oder als Kampf gegen das Lohnsystem selbst. Das macht keinen wirklichen Unterschied. Immer geht es - sozusagen formunabhängig - um Erhalt und Schaffung von „Arbeitsplätzen“.
- Offensichtlich glauben solche Linksradiكالen jedoch ihrer eigenen (grundsätzlichen?) Kapitalismuskritik nicht. Anders kann man sich manche der aufgezählten konkreten Ziele kaum erklären.

Da heißt es zunächst:

*„Die Unternehmer versprechen uns, dass diese Opfer voll zurückgezahlt werden, wenn die Rezession vorbei ist. Sie lügen! Wenn der Aufschwung da ist, werden sie behaupten, dass die Konkurrenz anderer Kapitalisten, z.B. aus Asien, es ihnen unmöglich machen würde, zu den alten Löhnen und Personalbeständen zurückzukehren. **Die Millionen durch die Krise verlorenen Jobs sind für immer verloren** sein, sie werden bleibenden Schaden an*

*Kommunen und Haushalten auf der ganzen Welt anrichten.*  
(<http://www.arbeitermacht.de/rm/rm41/europa.htm>)

Wenig später allerdings:

*„In den großen europäischen Streiks und Demonstrationen des letzten Jahres, v.a. in Frankreich und Griechenland, erhoben ArbeiterInnen und Jugendliche eine Forderung: „Wir zahlen nicht für eure Krise“. **Solche Streiks, Demonstrationen, Besetzungen und Blockaden können die Kapitalisten und ihre Regierungen zwingen, ihre Angriffe zu stoppen und rückgängig zu machen. ...***

**• Nein zu allen Kündigungen und Arbeitsplatzkürzungen!**“ (ebenda)

(Kann man also doch die „verlorenen Jobs“ zurückholen und den „Schaden an Kommunen und Haushalten auf der ganzen Welt“ wieder rückgängig machen? Nichts scheint der „Arbeiterklasse“ unmöglich, denn *„nichts und niemand kann die vereinte ArbeiterInnenklasse besiegen“*.

Und oben drüber schwebt selbstverständlich die unter Linken weit verbreitete illusionäre „Forderung“: *„Wir zahlen nicht für Eure Krise“*. Man kann es nicht oft genug wiederholen, dass es eine ausgemachte Sache im Kapitalismus ist, dass Kapitalisten wie LohnarbeiterInnen, die Zeche der Krise bezahlen! Daran führt kein Weg vorbei, solange das Kapitalverhältnis bestehen bleibt. Kapital wird entwertet und vernichtet, LohnarbeiterInnen werden lohnarbeitslos, etc. Es ist eben nicht deren Krise, sondern die Krise einer bestimmten Produktionsweise, eines bestimmten Produktionsverhältnisses, eine Krise der kapitalistischen Ökonomie, zugleich notwendiger Endpunkt einer Akkumulationskonjunktur und möglicher Ausgangspunkt für eine neue Akkumulationskonjunktur! Zu meinen, man könne das Kapital trotz seiner Verluste zwingen, Unternehmen weiter zu führen, Leute nicht zu entlassen etc. das unterstellt eben, dass das Kapital gar keinen Wertverlust erleiden würde, genug Geld vorhanden sei, dass die Kapitalisten nur für ordentlich bezahlte Lohnarbeit ausgeben müssten. Es unterstellt eben, dass diese Produktionsweise bloß dem Luxus der Reichen dient. Passend dazu werden die *„üppigen Ausgaben der parasitären Millionäre“* als *„perfekte Ziele“* der Arbeitslosen ausgegeben. Als *„wirklichen Grund der Krise“*, den man den Massen gern erklären will hat man denn auch *„die Kapitalisten“* ausgemacht. Das also ist geblieben von der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie! Da fällt einem doch glatt wieder der Gedanke ein, wonach jeder Schritt wirklicher Bewegung mehr Wert ist als tausend Parteiprogramme.

Wenn sich die bürgerlichen Staaten jetzt bis über beide Ohren verschuldet haben, um eine spontan ablaufende Kapitalentwertung, eine unkontrollierte „Kernschmelze“, zu vermeiden, dann galt das eben der Stützung und Aufrechterhaltung des Systems der Lohnarbeit. Hätten sie das nicht getan, hätten beide Seiten, Kapital und Lohnarbeit weitaus mehr Verlust erlitten, als sie das bis jetzt getan haben. (Wobei aufgeschoben nicht gleich aufgehoben bedeutet!) Wenn die Banken all das aufgeblähte fiktive Kapital mit Anspruch auf künftige Verwertung tatsächlich hätten abschreiben müssen, also „für ihre Krise“ in vollem Umfang bezahlt hätten, dann hätten letztendlich auch die LohnarbeiterInnen einen weitaus höheren Preis zahlen müssen, weil weit mehr Unternehmenszusammenbrüche die Folge gewesen wären und die weltweite Lohnarbeitslosigkeit explosionsartig zugenommen hätte. Entweder man meint es ernst mit der Kritik am Kapitalverhältnis und begreift, dass es ohne Krisen langfristig überhaupt nicht funktionieren kann, Krisen absolut erforderlich sind, um dem Fall der Durchschnittsprofirate des gesellschaftlichen Gesamtkapitals entgegen zu wirken, ihn zu stoppen und umzudrehen, weil sonst die ganze Produktionsweise zum dauerhaften Stillstand käme, oder man lässt es bleiben und meint die Maßnahmen zur

Krisenbewältigung stoppen und rückgängig machen zu können, um ausgerechnet Lohnarbeitsplätze zu sichern. Beides zusammen passt nicht wirklich! KommunistInnen können verstehen, wenn LohnarbeiterInnen sich Illusionen über die kapitalistische Produktionsweise und ihre Perspektiven darin machen; sie verfehlen ihren „Beruf“, wenn sie sich zu Vorkämpfern und Propagandisten solcher Illusionen machen!

11. Linksradikele in Deutschland proklamieren gern „gegen Kapital und Nation“ zu sein. Zu viel mehr als der Forderung nach Abschaffung reicht es dann nicht. Dass die „Abschaffung der Nation“ etwa nur das Werk einer internationalen Bewegung sein könnte, dürfte unbestritten sein. Eine solche Bewegung kann jedoch nicht dadurch entstehen, dass kleine Gruppen ständig „Abschaffung der Nation“ proklamieren. Sie kann nur dadurch entstehen, dass die LohnarbeiterInnen verschiedener Nationen sich zunächst auf naheliegende gemeinsame Interessen und Ziele verständigen in der vom Kapital auf die Tagesordnung gesetzten Angelegenheit.  
Überall in den Ländern der EU setzen Kapital und Staat eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit durch. Teils ohne größeren Widerstand, wie in Deutschland, teils gegen breiten und energischen Widerstand, wie in Griechenland und Frankreich.  
Die Forderung nach einer Rente mit 60 hätte das Zeug dazu, eine der zentralen Forderungen zu sein, auf die sich die LohnarbeiterInnen in ganz Europa verständigen könnten und die damit zur Grundlage einer internationalen Bewegung werden könnte, die vielleicht später mal ein „soziales Europa“ schafft und hier die Nationen abschafft.  
Große, langfristig zu erkämpfende Ziele werden nicht dadurch verwirklicht, dass man sie bis zum Erbrechen in abstrakten Phrasen wiederholt, sondern indem man die notwendigen Schritte angeht, eine Entwicklung einleitet, in der wiederum die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden, um dieses Ziel zu verwirklichen. Die radikale Linke in Deutschland ist meilenweit von einem solchen realistischen Utopismus entfernt und ist daher nicht in der Lage, die „Angebote“ des Kapitals zu nutzen, um solche Schritte gehen zu können. Besonders in Deutschland gibt es linksradikale, ihrem Selbstverständnis nach kommunistische Kräfte, die sozusagen „die Faxen dicke haben“, den Kampf um Mehrheiten nicht einmal mehr zum Thema machen und eher von einer „kommunistischen“ Erziehungsdiktatur träumen. (siehe „Gegenstandspunkt“)
12. Man sollte eins nicht vergessen: die mehr oder weniger „großen proletarischen Revolutionen“, auf die sich die Linksradikele als wesentliche Bezugspunkte ihres Wirkens beziehen waren allesamt das Produkt von Kriegen und größter Zerrüttung der bestehenden Ordnung. Dies gilt sowohl für die Pariser Kommune, wie für die russische Revolution oder die Revolution in Deutschland 1918/19. Die zentralen Forderungen, unter denen diese Revolutionen begannen und unter denen die Bewegung an Breite gewann, waren fast ausnahmslos Reformforderungen (ob es nun um die Beendigung des Krieges oder um dessen Fortführung ging / Pariser Kommune) und keineswegs Losungen wie „Gegen Kapital und Nation“. Es war die Bewegung selbst, die Grenzen überschritt, Neues schaffte und Raum eröffnete für jene, die von Anfang an sozialrevolutionäre Ziele verfolgten. Die Revolutionen waren nicht primär ein Produkt von allmählich um sich greifender theoretischer Kritik, der Ausbreitung eines „richtigen Bewusstsein“. Ein Kommunismus, der sich in bloßer Aufklärung gefällt und bei ungenügendem Interesse der Aufzuklärenden seine Adressaten als Arschlöcher beschimpft, hat keine Perspektive. („Gegenstandspunkt“)
13. Wie im Großen, so im Kleinen, in den betrieblichen Auseinandersetzungen.  
Anders als beispielsweise in Frankreich gibt es in Deutschland keine großen sozialen Bewegungen, in denen sich Klassenbewusstsein durch Kampf um Klasseninteresse

ausdrückt. Die in Jahrzehnten größte Demo war die gegen den Irakkrieg, mit weit mehr als einer Million Menschen. Dabei demonstrierte aber Regierung und Volk seit an seit. Soweit es in Deutschland – abgesehen von Aktionseinheitsdemos - zu sozialen Auseinandersetzungen kommt, handelt es sich in der Regel um sehr begrenzte Konflikte mit partikularen Interessen. (Über die Bedeutung solcher Bewegung, wie der gegen Stuttgart 21 oder Wiederaufbereitung in Gorleben kann ich hier nicht weiter eingehen, was deren Bedeutung nicht schmälern soll!) Besonders gilt dies bei Massenentlassungen und Betriebsstilllegungen. Selbst in diesen partikularen Auseinandersetzungen zwischen Lohnarbeit und Kapital sieht man den großen Unterschied etwa zu Frankreich. „Bossnapping“ wäre hier und heute noch kaum denkbar.

Die Gewerkschaften verstehen sich darauf, jede Pleite und jede Restrukturierung auf Kosten der LohnarbeiterInnen als Unfähigkeit des jeweiligen Managements oder als Unfähigkeit von Politik darzustellen und zu verkaufen. Sie setzen alles daran, jede bewusste Herstellung eines Zusammenhang zwischen den Produktionsverhältnissen und ihren Folgen zu verhindern und tragen damit wesentlich dazu bei, dass sich kaum Klassenbewusstsein entwickelt. Kein „deutsches Unternehmen“ müsste danach Pleite gehen oder massenhaft Leute entlassen, wenn das Management sich an den volks- und betriebswirtschaftlichen Vorgaben weiser Gewerkschaftspolitik orientierte. Deutschland könnte so der Welt ein Vorbild werden für einen wunderschönen, solidarischen Kapitalismus. Sie scheuen sich auch nicht zu verkünden, dass die Wahl eines Betriebsrates für sichere Arbeitsplätze sorgt. (Ein durch das Betriebsverfassungsgesetz zugleich geschützter und gefesselter Betriebsrat kann im Rahmen (noch) bestehender Schutzrechte einiges bewirken, für sichere Arbeitsplätze kann er nicht sorgen! Wer, wie ich, schon ein- oder mehrmals die Wahl eines Betriebsrates in einem „betriebsratsfeindlichen“ Unternehmen durchgezogen hat, der weiß auch, dass allein ein solch bescheidenes Vorhaben zu einem ersten Schritt von Selbstorganisation in der Belegschaft genutzt werden kann, in mehr oder weniger schroffer Konfrontation mit der Geschäftsführung. Eine solche Wahl bietet Gelegenheit, sich über die gegensätzlichen Interessen gemeinsam klar zu werden, sich auf Versammlungen Ziele zu setzen, „Interessenvertreter“ zu wählen usw. Betriebsratswahl wie Betriebsratstätigkeit bieten noch immer Möglichkeiten für „klassenkämpferische Aktivitäten“. Ob sie dafür im Einzelfall genutzt werden wollen und können, das steht auf einem anderen Blatt.)

Linke Kritik daran tut sich schwer. Teils aus den bereits genannten Gründen des abstrakten Antikapitalismus, der Phrasendrescherei, die es nicht einmal für nötig hält, eine Statistik der Pleiten und Massenentlassungen zu führen und bei jeder passenden Gelegenheit zu publizieren, die sofort deutlich machen würde, welcher Schwachsinn da unter die Leute gebracht wird. Teils aber auch aus anderen Gründen:

So etwa meint die GOG bei Opel in Bochum, es habe Perspektive, darauf zu rechnen, dass die Belegschaft (mit Orientierung auf Erhalt der Lohnarbeitsplätze in Bochum) nicht endlos erpressbar sei... und dass nach einer „Gesundshrumpfung“ von über 20.000 auf ca. 2000! Um Mut zu machen für Kämpfe um Umverteilung wird glatt behauptet die Situation seit Beginn der Weltwirtschaftskrise von 2007 habe sich für Opel *total* verändert.

Wenn, nach Abwägung aller Fakten, im Kapitalismus, in der konkreten Situation nicht mehr drin ist für eine Belegschaft, als eine erhöhte Abfindung, dann sollte man das offen sagen und dafür streiten, um sich so teuer wie möglich zu verkaufen. Wenn da aber nicht mehr drin ist, dann ist das gerade der Ausdruck von Erpressbarkeit von Belegschaften, die sich kein anderes Leben vorstellen können, als das in Lohnabhängigkeit!

14. Klare und gut begründete Ziele, die sich zunächst in Forderungen an Kapital und Staat ausdrücken (nicht unbedingt an sich selbst oder „die Massen“) sind notwendig für gemeinsame Aktionen, im Kleinen, wie im Großen. Nur so kann sich überhaupt eine

Bewegung entwickeln, die breit und stark genug wäre, die Systemfrage durch ihre Aktionen praktisch zu stellen. Wer meint, die radikale Systemkritik müsse Ausgangspunkt des sozialen Widerstandes sein, wird niemals Teil der sich entwickelnden Bewegung sein und manchmal wird das auch gar nicht gewollt. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse, zu denen die Entwicklung des Kapitalismus und der Klassenauseinandersetzungen geführt hat, kann die Überwindung des kapitalistischen Systems aktuell nur Gegenstand theoretischer Kritik sein. Sie in Parolen zu packen, die womöglich Grundlage von größerer Aktion sein sollen, ist einigermaßen daneben.

Entweder man entscheidet sich für die heute notwendige Arbeit am Detail – in Theorie wie Praxis - oder man wird niemals erleben, dass der Kommunismus zu einer Bewegung wird, die den jetzigen Zustand der Gesellschaft aufhebt.

Man kann heute sagen, die kommunistische Bewegung der LohnarbeiterInnen ist an ihr Ende gelangt, man kann aber genau so gut und begründet sagen, es handelt sich um einen Neubeginn, einen neuen Anfang: dessen Voraussetzungen werden vom Kapital geschaffen, es kommt darauf an, die Herausforderung anzunehmen, unter Berücksichtigung der historischen Erfahrungen!

Robert Schlosser  
Dezember 2010